

7. Der lange Herbst der wilden Streiks

(September 2011-April 2012)

In diesem Kapitel untersuche ich die Protestperiode von September 2011 bis April 2012, in der Demonstrationen und Generalstreiks nicht so hohe Teilnehmendenzahlen wie die Platzproteste erreichten (Kousis/Diani 2014: 396; Vogiatzoglou 2017: 111). Dafür fanden in Reaktion auf die Implementierung neuer Krisenmaßnahmen im Herbst 2011 eine Vielzahl von Betriebsstreiks und -besetzungen statt. Diese selbstorganisierten Herbststreiks spielten in Hinblick auf die Entstehung langfristiger Strukturen eine wichtige Rolle. Mehrere dieser Streiks mündeten in mehrmonatigen Betriebsbesetzungen. In manchen Fällen führten die Besetzungen zur dauerhaften Selbstverwaltung von Betrieben. In Abschnitt 7.1 liefere ich einen Einblick in die ersten betrieblichen Streiks und Besetzungen im September und Oktober 2011. Diese erfassten viele Berufsbranchen, waren in hohem Maße selbstorganisiert und dauerten teilweise mehrere Wochen. In Abschnitt 7.2 zeige ich, wie diese Proteste die Regierung unter Druck gesetzt und schließlich dazu geführt haben, dass der damalige Ministerpräsident Papandreu ein Referendum über die Fortsetzung der Krisenpolitik einforderte. Dieses stieß bei der Troika auf Ablehnung und führte schließlich zu einer Regierungsumbildung. Darüber hinaus stelle ich in Abschnitt 7.2. weitere länger anhaltende Betriebsstreiks und -besetzungen dar. In Abschnitt 7.3 befasse ich mich mit dem Streik der Beschäftigten des Stahlwerks *Chalivourgia*. Dieser Streik dauerte fast ein Jahr und markierte den Höhepunkt der Streikbewegung 2011. In Abschnitt 7.4 werfe ich einen Blick auf den Streik von Angestellten des Privat-Fernsehsenders *Alter* und die anschließende circa vierwöchige Betriebsübernahme durch die Angestellten. In Abschnitt 7.5 fasse ich die bisherigen sozialen Folgen der Krisenmaßnahmen und die im Februar 2012 ratifizierten neuen Krisenmaßnahmen zusammen. In Abschnitt 7.6 beschreibe ich die Mobilisierungen gegen die neuen Krisenmaßnahmen.

7.1 Die Streikwelle nach der Sommerpause

Im September 2011 stand die Implementierung der im Sommer ratifizierten Krisenmaßnahmen bevor. Bei einem Sondergipfel am 21. Juli 2011 hatten sich die Euro-Länder auf ein neues Rettungspaket für Griechenland geeinigt (Roth 2012: 21; Cáceres/Gammelin 2011). Um »Ansteckungsgefahren« für weitere überschuldete Länder der Eurozone zu vermeiden und »um künftige Krisen zu beherrschen« (Cáceres/Gammelin 2011), hatten die Euroländer bei dem Treffen zusätzlich vereinbart, eine von der EZB unabhängig operierende Europäische Finanzstabilitätsfazilität (EFSF)¹ zu gründen (Roth 2012: 21). Die Umsetzung der Maßnahmen stellte nicht nur für die betroffene Bevölkerung, sondern auch für die Regierung eine Herausforderung dar. Seit Beginn der Staatsschuldenkrise im Frühjahr 2010 hatte die PASOK-Regierung versucht, die Umsetzung vieler Maßnahmen hinauszögern (Pittas 2014). Das lag daran, dass die von den Krisenmaßnahmen stark betroffenen Beschäftigten im öffentlichen Dienst »die wohl wichtigste« Wähler*innenschaft der PASOK ausmachten (Roth 2012: 22). Bis dahin war es der PASOK gelungen, Konflikte mit der eigenen Wähler*innenklientel zu umgehen, indem sie den Gewerkschaften und Beschäftigten immer wieder versichert hatte, dass die neuen Maßnahmen für sie keine Anwendung finden würden oder nur vorübergehend waren (Pittas 2014).

Selbst nach der Ratifizierung der neuen Arbeitsmarktreformen im Sommer 2011 führte der Finanzminister Evangelos Venizelos Gespräche mit den Gewerkschaftsdachverbänden, in denen er ihnen versicherte, dass die neuen Lohnkürzungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst nicht gelten würden. Mit dem ADEDY versuchte Venizelos zudem einen Deal auszuhandeln, durch den die Anwendung neuer Krisenmaßnahmen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst ausgesetzt würden (Pittas 2014). Zu dem Deal kam es allerdings nicht. Die Verzögerungstaktiken der griechischen Regierung führten im Spätsommer 2011 zu Konflikten zwischen der griechischen Regierung und der Troika (Roth 2012: 22). Die Troika forderte von Griechenland die rasche Umsetzung der ratifizierten Arbeitsmarktreformen und Privatisierungen und drohte bei weiteren Verzögerungen mit dem Austritt Griechenlands aus der Eurozone. Eine vom EU-Beamten Horst Reichenbach geleitete Task Force der EU sollte die Umsetzung der Krisenmaßnahmen ab September 2011 überwachen² (Wehr 2011: 185; Roth 2012: 20).

So begann Mitte September 2011 die Entsendung der ersten Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in die im Memorandum vorgesehene Arbeitsreserve (Roth 2012: 22).

-
- 1 Dabei handelt es sich um einen »Stabilisierungsfonds der Europäischen Union«, der »Stützungskredite vergeben, prekär gewordene Staatsanleihen aufkaufen, Offenmarktoperationen durchführen und notleidend gewordene Banken rekapitalisieren« soll (Roth 2012: 21).
 - 2 Die Zahl der darin mitwirkenden Expert*innen wurde in den darauffolgenden Monaten auf 45 aufgestockt (Roth 2012: 20). Dass die EK Griechenland zu diesem Zeitpunkt nicht mehr zutraute, das angeordnete Krisenprogramm selbst umzusetzen, zeigt sich unter anderem anhand der Aussagen des damaligen EU-Kommissars Günther Oettinger in einem Interview mit der Bild Zeitung. Darin plädiert der EU-Kommissar für eine Überwachung des Landes durch mehrere Beamte*innen aus den anderen übrigen EU-Staaten, die »ohne Rücksicht auf Widerstände agieren und den Schleidrian beenden« sollten (Hoeren 2011). Denkbar war für ihn auch, »dass Länder ihre Haushaltshoheit auf Zeit an die EU abgeben« müssen (Hoeren 2011).

Weitere Arbeitsmarktreformen folgten (Pittas 2014). In Reaktion auf die Arbeitsmarktreformen brach im Herbst 2011 eine Welle wilder Streiks³ aus. Was ihren Umfang und ihre Qualität betraf, so war dieser Streikwelle bis dato »kein historischer Präzedenzfall« vorausgegangen (Pittas 2014). Angestellte und Beschäftigte sämtlicher Berufsbranchen beteiligten sich ab Mitte September 2011 an Arbeitsstreiks. Die Gewerkschaftsforscher*innen Dimitris Katsoridas und Sofia Lampousaki (2012: 90) zählen in ihrer Studie zu Streikbewegungen in Griechenland für das Jahr 2011 insgesamt 445 Streiks und Arbeitsniederlegungen, darunter 240 Streiks im Privatsektor und 91 Streiks im öffentlichen Dienst. Die EK zählte für den Zeitraum zwischen Juni 2011 und April 2012 838 Streiks in Griechenland, davon 46 Generalstreiks (European Commission 2013: 152). Neben den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes schlossen sich den Streiks auch Privatangestellte an. Diese waren aufgrund von Betriebsschließungen und -fusionierungen ebenfalls von Entlassungen, Arbeitszeit- und Lohnkürzungen sowie von monatelang ausbleibenden Lohnauszahlungen betroffen (Katsoridas/Lampousaki 2012: 91; Pittas 2014).

Das Besondere an der Streikbewegung im Herbst 2011 waren ihre Organisations- und Aktionsformen, die sich von den formellen Protestformen der traditionellen Gewerkschaftsbewegung – Verhandlungen mit der Betriebsleitung und Generalstreiks – deutlich unterschieden und über diese hinausreichten (Svolis 2011; Katsoridas/Lampousaki 2012: 94–95; Pittas 2014; Katsoridas 2018: 18). Dabei organisierten die Beschäftigten die Streiks weitgehend ohne die Unterstützung der Gewerkschaftsdachverbände und Gewerkschaftsführungen. Die fehlende Partizipation dieser institutionalisierten Protestakteur*innen führte dazu, dass viele der Streiks länger als die von den Gewerkschaftsdachverbänden organisierten 24-stündigen und 48-stündigen Generalstreiks dauerten und dass viele Arbeitsstreiks in der Besetzung von Arbeitsplätzen mündeten. So hielten Angestellte der Kommunalverwaltung in Athen in mehreren Gemeinden Athens Vollversammlungen ab, in denen sie gemeinsam entschieden, unbefristete Streiks⁴ durchzuführen und ihre Arbeitsplätze dauerhaft zu besetzen. Angestellte sämtlicher Ministerien traten ab September 2011 in den Dauerstreik und besetzten ihre Arbeitsplätze (Pittas 2014). Dabei wurden die Ministeriumsangestellten in vielen Fällen weder von den Gewerkschaftsdachverbänden noch von den Berufsgewerkschaften unterstützt, sondern initiierten die Streiks selbst (Katsoridas/Lampousaki 2012: 92). Das erste Ministerium, das besetzt wurde, war das Gesundheitsministerium. Am 9. September 2011 hielten die Angestellten des Ministeriums eine Versammlung ab, in der die eindeutige Mehrheit der Teilnehmenden für die Dauerbesetzung des Ministeriums votierte. Die Gewerkschaftsführung war mit der Protestaktion nicht einverstanden und nach drei Tagen wurde die Besetzung auf Anweisung des Aufsichtsrats, der die Besetzung für aussichtslos erklärte, beendet (Pittas 2014). Trotzdem wurden kurz darauf weitere Ministerien von Angestellten besetzt. Auch in anderen Branchen fanden Betriebsstreiks und mehrtägige Betriebsbesetzungen statt. Katsoridas und Lampousaki

3 Als wilder Streik oder auch *wildcat strike* werden Arbeitsniederlegungen von Belegschaften bezeichnet, die ohne die Unterstützung von Gewerkschaften stattfinden.

4 In ihrer Studie zu Streikbewegungen 2011 zählen Katsoridas und Lampousaki neun Dauerstreiks, die bis zu zehn Tage anhielten (Katsoridas/Lampousaki 2012: 90).

(2012: 91) zählen in ihrer Studie 53 Betriebsbesetzungen, die im Herbst 2011 stattfanden. Ohne den Zuspruch der Gewerkschaften bildeten die streikenden Arbeiter*innen Streikkomitees und hielten Vollversammlungen ab. Landesweit wurden zwischen Ende September 2011 und Ende Oktober 2011 mehrere tausend Vollversammlungen in Betrieben einberufen.

In Reaktion auf Lohn-, Stellen- und Budgetkürzungen⁵ besetzte Anfang Oktober auch der Großteil von Angestellten in Krankenhäusern im Raum Attika die eigenen Arbeitsplätze. In regelmäßig stattfindenden Versammlungen organisierten die Krankenhausangestellten Protestaktionen. Neben Arbeitsniederlegungen boykottierten sie in Solidarität mit den Patient*innen die neu eingeführte Patient*innengebühr und führten Straßenblockaden durch (Katsoridas/Lampousaki 2012: 99; Pittas 2014). Die zahlreichen Betriebsstreiks und -besetzungen hatten den Effekt, dass sich an den Generalstreiks im Herbst 2011 sehr viele Beschäftigte beteiligten (Katsoridas/Lampousaki 2012: 97). Zum Zeitpunkt eines Generalstreiks am 5. Oktober 2011 waren die meisten Ministerien und Krankenhäuser in Athen von ihren Belegschaften besetzt. Angestellte der Steuerbehörde streikten im Oktober 2011 für vier Tage. Der Streik von Angestellten des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten dauerte sogar zehn Tage – ebenso wie der Streik von Angestellten des Privatkonzerns Griechisches Mineralöl (*Ellinika Petrelaia*, kurz: ELPE).

Auch im Bereich des öffentlichen Transports kam es zu zahlreichen aufeinanderfolgenden 24- und 48-stündigen Streiks, die den öffentlichen Verkehr lahmlegten. Die Streikenden verweigerten in dieser Zeit nicht nur ihre Arbeit, sondern führten auch Straßenblockaden und Kundgebungen durch. Einen Tag vor dem für den 18./19. Oktober 2011 geplanten Generalstreik begannen Angestellte der panhellenischen Föderation der Eisenbahn (*Panellinia Omospondia Sidirodromikon*, kurz: POS) einen dreitägigen Streik. Zur gleichen Zeit hielt die landesweite Föderation der Banken Griechenlands (*Omospondia Trapezou pallilikon Organoseon Elladas*, kurz: OTOE) einen 48-stündigen Streik ab. Neben Angestellten der staatlichen Krankenversicherung und Angestellten der Hellenischen Eisenbahn führten Anwält*innen, Lehrer*innen, Seeleute, Einzelhändler*innen, Selbstständige, Landwirt*innen und Taxifahrer*innen ebenfalls mehrtägige Streiks durch (Pittas 2014). Zum Zeitpunkt des Generalstreiks waren nahezu alle Ministerien im Land für fast drei Wochen besetzt, so dass die Funktionsfähigkeit des Staatsapparats für mehrere Tage massiv eingeschränkt war (Katsoridas/Lampousaki 2012: 99). Infolge der Streikdynamik beteiligten sich am 19. Oktober 2011 allein in Athen über eine halbe Millionen Menschen am Generalstreik und damit verbundenen Demonstrationen gegen die Abstimmung über weitere Krisenmaßnahmen. In jeder Kleinstadt Griechenlands fanden Demonstrationen statt (Pittas 2014).

Dass die Beteiligung an der Streikbewegung im Herbst 2011 so massiv ausfiel und diese in hohem Maße selbstorganisiert war, ist dem Gewerkschaftsforscher Apostolos Kapsalis (2012: 21) zufolge als eine Nachwirkung der Platzproteste zu werten. Wie bereits in Kapitel 6 gezeigt wurde, organisierten tatsächlich viele Beschäftigte im Sommer 2011

5 2011 verlangte das Gesundheitsministerium Budgetkürzungen in Höhe von 40 Prozent für die Krankenhäuser in Griechenland (CICOPA 2013:7).

gemeinsam mit den Platzbesetzer*innen Streiks. Diese Erfahrung in der Selbstorganisierung von Protesten breitete sich im Herbst auf weitere Berufsgruppen aus (Pittas 2014). Dem Journalisten und Gewerkschaftsaktivisten Giorgos Pittas (2014) zufolge erlebten viele Streikbeteiligte durch die gemeinsame Organisierung und Koordinierung von Streikaktionen dabei nicht nur was Solidarität zwischen Arbeiter*innen bedeutet, sondern auch was es heißt, die Dinge in die eigenen Hände zu nehmen. Einer der am häufigsten angewendeten Slogans lautete dementsprechend: »Arbeiter*in, du kannst ohne Boss« (Pittas 2014). In weiten Teilen wurden die Herbststreiks auch von den Basisgewerkschaften unterstützt. Anders als die Gewerkschaftsdachverbände und Gewerkschaftsführungen beteiligten sich diese an der Organisierung und Koordinierung der Streiks (Pittas 2014; Kapsalis 2012: 25–26; Zamponi/Vogiatzoglou 2015).

Die Gewerkschaftsführungen standen den selbstorganisierten Protesten dagegen skeptisch gegenüber. Sie warnten die Streikenden im Verlauf der Proteste vor möglichen negativen Folgen, die die Protestaktionen nach sich ziehen könnten, wie die Verweigerung von Lohnauszahlungen durch die Arbeitgeber*innen. Stattdessen setzten die Gewerkschaftsführungen auf Verhandlungen mit der Regierung. Nicht der Druck der Regierung, sondern die gemäßigte Haltung der Gewerkschaftsführungen habe Pittas (2014) zufolge schließlich dazu beigetragen, dass die Betriebsstreiks nach einigen Wochen beendet wurden. Anstatt die Streiks und Besetzungen zu unterstützen, haben die Gewerkschaftsführungen darauf gedrängt, Verhandlungen mit der Regierung zu führen.⁶ Somit haben die Gewerkschaften fälschlicherweise unter »neuen Umständen« an »alten Funktionsformen« festgehalten und den streikenden Beschäftigten noch zudem »falsche Versprechungen« gemacht (Pittas 2014). Dabei habe das Verhalten der Gewerkschaften vielen Streikbeteiligten die »Ineffektivität der Gewerkschaftsbürokratie« und die Unzulänglichkeiten der institutionalisierten Protestakteur*innen vor Augen gehalten und deutlich gemacht, dass die Selbstorganisierung von Streiks die einzige effektive Organisierungsform darstellt (Pittas 2014).

7.2 Regierungsumbildung und weitere Proteste

Die Herbststreiks konnten die Implementierung der Krisenmaßnahmen nicht verhindern. Trotzdem trugen sie dazu bei, dass sich die politische Krise im Land weiter zusetzte (Kritidis 2014: 93–94; Pittas 2014). Bei einem erneuten Sondergipfel am 26. Oktober 2011 einigten sich die Euroländer und die griechische Regierung auf einen Schuldenschnitt und die Umsetzung weiterer Krisenmaßnahmen (LPB 2011; Roth 2012: 24). Daraufhin fanden am 28. Oktober, dem Jahrestag des nationalen Widerstands 1940 gegen den italienischen Angriffskrieg auf Griechenland (1940–1941),⁷ Massendemonstrationen statt. Bei diesen wurden Regierungsmitglieder von den Demonstrant*innen des Verrats

6 Dabei verliefen interne Gespräche zwischen Regierungsminister*innen und der Gewerkschaftsführung allerdings im Sand. Die Gewerkschaften mussten erkennen, dass für Verhandlungen mit der Regierung, unter dem Druck der Troika und aufgrund der Krisenmaßnahmen, kein Handlungsspielraum mehr gegeben war (Pittas 2014).

7 Der sogenannte Jahrestag des »Nein« (*Epetios tou Oxi*) ist ein am 28. Oktober in Griechenland stattfindender Feiertag. Hintergrund des Oxi-Tags ist, dass Griechenland an diesem Tag das von Benito

beschuldigt und angegriffen (Smith/Gow 2011; Roth 2012: 25–26; Kritidis 2014: 95). Unter dem Druck der Proteste sah sich Ministerpräsident Papandreu dazu veranlasst, am 1. November 2011 ein Volks-Referendum zur Abstimmung über weitere Krisenmaßnahmen anzukündigen, womit er sich »sowohl innen- als auch außenpolitisch ins Abseits« brachte (LPB 2011; s.a. Schirrmacher 2011; Kritidis 2014: 94; Wehr 2016: 53).⁸ In Reaktion auf das angekündigte Referendum setzte die Troika die Auszahlung der sechsten Tranche des ersten Maßnahmenpakets aus, sodass Papandreu sich bereits am 3. November 2011 gezwungen sah, den Vorschlag für das Referendum zurückzuziehen⁹ und unter dem Druck der Troika die Bildung einer neuen Übergangsregierung der »nationalen Rettung« anzukündigen (Smith/Gow 2011; Roth 2012: 26; Kritidis 2014: 95). Am 9. November 2011 trat Papandreu, der infolge seines Vorschlags zur Volksabstimmung innerhalb seiner Partei endgültig isoliert war, als Ministerpräsident zurück (Wehr 2016: 53–54). Anschließend wurde am 11. November eine Übergangsregierung unter dem ehemaligen Vizepräsidenten der EZB Lukas Papadimos gebildet. Zum Kabinett Papadimos gehörten Politiker*innen der ND, der PASOK und der rechtsextremen LAOS¹⁰ (Kritidis 2014: 94–95; Wehr 2016: 54; Vogiatzoglou 2017: 104). Forderungen der KKE und SYRIZA nach Neuwahlen wurden abgelehnt. Stattdessen wurden die Neuwahlen auf den 6. Mai 2012 verlegt (Roth 2012: 27).

Nach der Regierungsumbildung fanden im November und im Dezember 2011 weitere Arbeitsstreiks statt. Diese führten teilweise sogar dazu, dass Arbeitsmarktreformen verhindert oder verzögert werden konnten. So gelang es den Beschäftigten bei Vodafone in Thessaloniki und in Athen durch einen dreitägigen Streik, die von der Betriebsleitung beschlossenen Lohn- und Arbeitszeitreduktionen zu verhindern. Ebenfalls erfolgreich verlief der von Gewerkschaften unterstützte Streik von Angestellten der Kaufhauskette *Notos* gegen Arbeitszeit- und Lohnreduktionen (Svolis 2011). Angestellten in der Milchindustrie gelang es durch ihren mit gewerkschaftlicher Unterstützung durchgeföhrten Streik, Entlassungen und Lohnkürzungen zu verhindern. Unterstützt wurden die Streikenden dabei von Milchlieferant*innen, die sich weigerten, während der Streikphase Milch auszuliefern (Svolis 2011). Auch wenn die meisten Streiks eine Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse nicht verhindern konnten, so zeugten die Streiks insgesamt dennoch von einer neuen Qualität des Widerstands gegen die Krisenpolitik. So waren viele der selbstorganisierten Betriebsstreiks von besonders langer Dauer.

In der Stadt Volos besetzten 100 Beschäftigte einer Stahlfabrik für 60 Tage ihren Arbeitsplatz und forderten die Wiedereinstellung entlassener Arbeitskolleg*innen. Beschäftigte der Aluminiumfabrik *Loukisa* in Athen, die seit 10 Monaten nicht entlohnt worden waren, besetzten Anfang Dezember 2011 ebenfalls für mehrere Monate ihren Ar-

Mussolini gestellte Ultimatum vor dem Beginn des italienischen Angriffskrieges auf Griechenland ablehnte.

- 8 Englischsprachige Zeitungsmedien schlugen in Reaktion auf das angekündigte Referendum einen Militärcoup zur Lösung des griechischen Problems vor (Schirrmacher 2011).
- 9 Mehrere Journalist*innen und Sozialwissenschaftler*innen wie Frank Schirrmacher (2011), Jürgen Habermas (2011) und David McNally (2012) kritisierten das erpresserische Vorgehen der Troika, das sie als unvereinbar mit in Europa bestehenden Demokratie- und Souveränitätsrechten beurteilten.
- 10 Mit der LAOS beteiligte sich 2011 erstmals eine rechtsextreme Partei in einer Regierung in Griechenland.

beitsplatz (Svolis 2011). Auch die seit Monaten unbezahlten Angestellten der Druckerei *E3* in Athen besetzten für eine lange Dauer ihren Arbeitsplatz (Workers Liberty 2012). Pittas (2014) zufolge drückten diese selbstorganisierten und mehrmonatigen Streiks ein neues kollektives Bewusstsein aus. Viele Streikbeteiligte erkannten, dass es möglich war, Protestaktionen ohne die Unterstützung der Gewerkschaftsführungen zu organisieren.

Einigen erschien selbst »die Idee, die Produktion in die eigenen Hände zu nehmen, »realistischer als zuvor« (Pittas 2014). Dies wird deutlich am Beispiel von mehreren Arbeitsstreiks, die teilweise in der temporären, aber auch in der dauerhaften Selbstverwaltung einzelner Betriebe mündeten. Einer dieser Betriebe ist die in Kapitel 10 als Fallstudie untersuchte selbstverwaltete Fabrik *Vio.Me*. Ein weiteres Beispiel ist die ebenfalls in Kapitel 10 als Fallstudie untersuchte selbstverwaltete Genossenschaftszeitung *EfSyn*. Beide Projekte sind aus unbefristeten Streiks hervorgegangen. In Hinblick auf beide Projekte sei an dieser Stelle nur kurz angemerkt, dass es sich um zwei besonders lange und erfolgreiche Kämpfe von Beschäftigten handelte. Auch im Falle der Streiks von Beschäftigten des Fernsehsenders *Alter* (siehe Abschnitt 7.4) gelang es den Mitarbeiter*innen, ihren Arbeitsplatz mehrere Monate zu besetzen und für einen Monat sogar in Eigenregie die Produktion zu übernehmen. Der Streik von Stahlarbeiter*innen der Fabrik *Chalivourgia* (siehe Abschnitt 7.3) mündete zwar nicht in der Übernahme der Produktion durch die Streikenden. Dafür handelte es sich bei dem Arbeitskampf um »die größte Streikmobilisierung«, die es in den letzten Jahrzehnten im griechischen Industriesektor gegeben hatte (Katsoridas/Lampousaki 2012: 98; Apostolos 2012: 20). Aufgrund der breiten Beteiligung, der Dauer und der großen Solidarität stellte der Streik »einen Meilenstein« in der jüngsten griechischen Protestgeschichte dar (Kapsalis 2012: 19; s.a. Svolis 2011; Workers Liberty 2012; Pittas 2014). Innerhalb der sozialen Bewegungen in Griechenland wird dem Streik seither eine wichtige symbolische und inspirative Rolle beigemessen.

7.3 Der Streik von Chalivourgia

Am 12. Oktober 2011 benachrichtigte die Unternehmensleitung des Stahlwerks *Chalivourgia* in Athen ihre Beschäftigten über die Einführung neuer betrieblicher Maßnahmen. Die Unternehmensführung plante, 51 Beschäftigte zu entlassen, einen 5-Stunden-Arbeitstag bei gleichzeitiger Lohnkürzung um 40 Prozent¹¹, befristete Arbeitsverträge und unbezahlte Überstunden einzuführen sowie den Versicherungsschutz zu streichen und die kollektiven Tarifvereinbarungen abzuschaffen. Den Beschäftigten teilte sie mit, dass sie, falls diese den neuen Maßnahmen nicht zustimmen sollten, innerhalb der nächsten Monate weitere 180 Beschäftigte entlassen würde (Europe Solidaire 2011a; Kapsalis 2012; Mavropoulos/Katsaros 2012). Daraufhin beriefen die Beschäftigten eine Vollversammlung ein, bei der sie die drohenden Reformmaßnahmen und das eigene Vorgehen besprachen. Bei ihrer Versammlung entschieden die Beschäftigten einstimmig, die neuen Arbeitsverträge nicht zu unterzeichnen und den Maßnahmen nicht zuzustimmen. Anschließend baten sie die Unternehmensleitung um ein Gespräch, das allerdings nicht

¹¹ In den meisten Fällen betrug der gekürzte Monatslohn nur noch 500 Euro (Mavropoulos/Katsaros 2012).

stattfand. Wie ein Streikbeteiligter in einem Dokumentarfilm erzählt, veranlasste die Unternehmensleitung stattdessen Ende Oktober 2011 die Entlassung von 34 Beschäftigten (Griechische Stahlwerke AG 2012: 00:01:30–00:02:20). In Reaktion auf die Entlassungen stellten die übrigen Beschäftigten am 31. Oktober 2011 die Produktion ein und traten in den unbefristeten Streik. Dabei forderten sie von der Unternehmensleitung, die Entlassungen und die neuen Arbeitsverträge zurückzuziehen (Kapsalis 2012: 18; Mavropoulos/Katsaros 2012; Griechische Stahlwerke AG 2012: 00:02: 36–00:02:40).

Neun Monate dauerte der Streik, an dem sich fast 400 Beschäftigte beteiligten (Kapsalis 2012: 18). Unterstützt wurden die Beschäftigten dabei vom Betriebsrat (Kapsalis 2012: 18). Dass der Streik sich fast ein Jahr lang am Leben erhalten konnte, war einer großen landesweiten Solidaritätsbewegung zu verdanken (Europe Solidaire 2011b). Unterstützung erhielten die Streikenden unter anderem von Schulen, Sozialzentren, Lehrer*innengewerkschaften, Nachbarschaftsinitiativen und anderen streikenden Beschäftigten, wie den Mitarbeiter*innen der Tageszeitung *Eleftherotypia*. Dabei nahm die Solidarität mit den Arbeiter*innen unterschiedliche Formen an. Einige Unterstützer*innen besuchten die Streikenden im Stahlwerk während andere ihnen materielle und finanzielle Unterstützung zukommen ließen (Katsoridas/Lampousaki 2012: 98). Mitglieder anarchistischer Gruppierungen organisierten zudem gemeinsam mit den Streikenden Demonstrationen und kochten auf dem Betriebsgelände für die Arbeiter*innen (ESSF 2012; Griechische Stahlwerke AG 2012: 00:06:20–00:06:40). Für viele Unterstützer*innen hatte der Streik vor allem eine symbolische Bedeutung. Menschen, die selbst nur wenig besaßen, spendeten »ihr weniges Geld« an die Stahlarbeiter*innen, damit diese den Streik fortsetzen konnten (Griechische Stahlwerke AG 2012, 00:05:20–00:05:35). Viele von ihnen waren aufgrund der Krisenmaßnahmen verängstigt. Sie fürchteten, dass bald auch sie von Entlassungen und Lohn- und Rentenkürzungen betroffen sein würden. Einmal überreichte eine Pensionierte einem Streikbeteiligten 20 Euro mit den Worten: »Ich bin Rentnerin. Ich bekomme 310 Euro. Das ist für euren Kampf, damit ihr weitermacht« (Griechische Stahlwerke AG 2012, 00:05:39–00:05:57). Es war diese »Solidarität der Menschen«, die den Arbeiter*innen dabei half, »große Hindernisse zu bewältigen« (Griechische Stahlwerke AG 2012, 00:06:48).

Trotz der langen Dauer des Streiks und der großen Solidarität innerhalb der Bevölkerung gelang es den Streikenden nicht, ihre Forderungen durchzusetzen. Auf Befehl der Regierung stürmte die MAT am 250. Streitag das Stahlwerk. Dabei kam es zu physischen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und den Streikbeteiligten. Mehrere Protestierende wurden festgenommen. In einer Vollversammlung diskutierten die Arbeiter*innen anschließend darüber, ob sie den Bedingungen der Arbeitgeber*innen zustimmen sollten. Fast einstimmig stimmten die Stahlarbeiter*innen gegen die neuen Arbeitsregelungen und für eine Weiterführung ihres Streiks, den sie für eine Woche fortsetzten. An einer erneuten Fabrikbesetzung wollten die meisten Streikbeteiligten allerdings nicht teilnehmen. Auf »Empfehlung des Betriebsrats« beschlossen die Stahlarbeiter*innen Ende Juli 2012, ihren Streik zu beenden und an ihren Arbeitsplatz zurückzukehren (Kapsalis 2012: 18; s.a. Rote Fahne 2012). 120 Beschäftigte wurden während des Streiks entlassen (Rote Fahne 2012). Somit kamen im Fall des *Chalivourgia*-Streiks die infolge der Krisenmaßnahmen eingeführten Lockerungsbestimmungen für kollektive

Kündigungen erstmals zur Anwendung (Rote Fahne 2014).¹² Der fast ein Jahr andauernde Streik ging für die Stahlarbeiter*innen somit erfolglos aus. Sie konnten Forderungen nicht durchsetzen und zudem wurden viele von ihnen entlassen oder sollten zu ausbeuterischen Bedingungen weiterarbeiten. Darüber hinaus wurde ihr Protest kriminalisiert.

Für die Niederlage des Streiks macht der Gewerkschaftsforscher Apostolos Kapsalis (2012: 19) vor allem »strukturelle Schwächen der griechischen Gewerkschaftsbewegung« verantwortlich, die er auf die zwischen den Gewerkschaften und staatlichen Institutionen bestehende enge Verflechtung zurückführt. So habe die »ausgeprägte parteipolitische Abhängigkeit« der Gewerkschaften, die den Streik unterstützten, bereits sehr früh »jede Aussicht auf einen anderen Verlauf des Streiks in Richtung Entwicklung bzw. Planung einer umfassenden einheitlichen Front zur Festlegung der entscheidenden Schritte« nichtig gemacht (Kapsalis 2012: 19). Die fragmentierte Organisationsstruktur der Gewerkschaften habe »ein einheitliches Vorgehen« während des Streiks zudem verhindert (Kapsalis 2012: 20). Einem Streikbeteiligten zufolge habe der Betriebsrat am Standort Volos, wo Beschäftigte des Unternehmens ebenfalls streikten, die Streikbemühungen der Beschäftigten boykottiert:

»Es war abgemacht, dass wir nach Volos gehen, aber die Gewerkschaft hat uns angeufen [...] Sie wollten, dass wir den Termin verschieben. Sie kamen mit Ausreden. Das geht nun schon eine Weile so. Immer gibt es Ausreden. Die haben viel zu tun, ich soll morgen wieder anrufen. Mich interessiert nicht, was die Arbeitgebermarionetten dort machen. Mich interessiert nur, was die Arbeiter dort machen. Die Arbeiter werden dort terrorisiert und Schuld ist ihre offizielle Vertretung. Die Rolle der Gewerkschaftsbewegung ist nicht die Unterwerfung der Arbeiter, sondern ihnen zu zeigen, wie sie kämpfen müssen, mit vollem Bewusstsein ihrer Rechte« (Griechische Stahlwerke AG 2012: 00:16:58-00:18:05).

Einem Beteiligten des Streiks in Athen zufolge haben die Stahlarbeiter*innen in Volos keinen dauerhaften Streik durchführen können, weil der dortige Betriebsrat durch Mitglieder von PASKE, der PASOK nahestehenden Gewerkschaft besetzt war. Diese habe mit der Unternehmensleitung von *Chalivourgia* kooperiert und daher kein Interesse daran gehabt, den Widerstand gegen die Arbeitsreformen zu unterstützen (Griechische Stahlwerke 2012: 00:16:03-00:17:03). Der Streik der Stahlarbeiter*innen am Standort Athen wurde dagegen von PAME und der KKE unterstützt (Mavropoulos/Katsaros 2012; Europe Solidaire 2011a; Tsakatika/Eleftheriou 2013: 15). Aktivist*innen aus dem Umfeld der A/A-Bewegung und der außerparlamentarischen Linken warfen PAME und die KKE deshalb vor, den Streik ideologisch vereinnahmt zu haben (Europe Solidaire 2011a). Dies sei ein Grund dafür gewesen, dass in der gesamten Zeit des Streiks keine Diskussionen unter den Streikenden über die Übernahme der Produktion durch die Beschäftigten aufkam, wie auch Journalistin Konstantina Daskalopoulou vermutete. Daskalopoulou, die

¹² In einem Sammelurteil wurden 23 Streikbeteiligte zudem im April 2014 wegen »ungesetzlicher Gewalt« zu Gefängnisstrafen mit Bewährung von 23 Monaten verurteilt (Georgiou 2014).

sich zur gleichen Zeit mit ihren Kolleg*innen der Tageszeitung *Eleftherotypia* im unbefristeten Streik befand, betrachtet die Rolle der KKE in Hinblick auf die gesellschaftlichen Selbstorganisierungsprozesse von Beschäftigten als hinderlich:

»Die größte Partei, die links der Sozialdemokratischen Partei (PASOK) steht, ist die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE), die sich einen Dreck um uns schert. Sie unterstützen zwar andere Streiks, wie z.B. den bei Hellenic Steel [Chalivourgia], der jetzt seit 5 Monatenanhält, aber sie fangen nicht damit an, weiterführende Gespräche anzustoßen und über Arbeiter-Kontrolle zu reden. Sie befürchten eben, ihnen würde die Kontrolle entgleiten« (Schneider/Daskalopoulou 2012).

Wie KKE-Mitglied *Ar erzählt, stehen die KKE und PAME der Selbstverwaltung von Betrieben durch die Beschäftigten grundsätzlich ablehnend gegenüber, weil diese keine effektive Widerstandsform gegen das kapitalistische System darstelle und dazu verurteilt sei, vom politischen System kooptiert zu werden. Im Fall von *Chalivourgia* seien es allerdings die Stahlarbeiter*innen selbst gewesen, die eine Selbstverwaltung ihres Arbeitsplatzes nicht in Betracht zogen:

»Die Stahlarbeiter*innen in *Chalivourgia* sagten selber, dass es unmöglich ist, das zu tun. Nicht PAME, sondern die Arbeiter*innen sagten das [...] Streik ja, aber nicht die Selbstorganisierung der Produktion. Sie selber sagten: ›Das ist verrückt, damit kommen wir nirgendwo hin, was die Metallproduktion betrifft.‹ Also folgten wir einfach dem, was sie sagten [...] Und historisch gesehen sehen wir, dass das nicht funktionieren kann. Erstens, weil niemand von dir Metall kaufen wird. Es ist ein sehr spezielles Produkt. Zweitens, wegen dem ganzen integrierten Herstellungsprozess. Du brauchst Rohmaterial, um zu produzieren. Das Rohmaterial ist kontrolliert durch den Rest der Monopolist*innen. Du musst mit denen reden und versuchen, das Rohmaterial zu finden. Und ideologisch gesehen wird eine Genossenschaft im Kapitalismus – insbesondere eine industrielle Genossenschaft – selber zum Ausbeutenden, weil du Kapital akkumulieren musst, um es zu reinvestieren. Es gibt keine guten oder schlechten Kapitalist*innen. Es gibt nur Kapitalist*innen« (Interview, *Ar, 13.02.2013).

Unabhängig von den Gründen, die gegen den Versuch der Selbstverwaltung sprachen, schienen die Streikenden von *Chalivourgia* während der gesamten Dauer des Streiks tatsächlich keine Übernahme der Produktion in Betracht zu ziehen (Europe Solidaire 2012). Ihr Streik stellte keine grundsätzliche Kritik an der bestehenden Ordnung dar, sondern richtete sich gegen die Implementierung von Arbeitsreformen. Was die Stahlarbeiter*innen forderten, waren gerechte Löhne und faire Arbeitsbedingungen sowie eine Wiedereinstellung der entlassenen Mitarbeiter*innen – auch wenn die Unternehmensleitung diesen Forderungen nicht nachgekommen ist (Mavropoulos/Katsaros 2012).

7.4 Der Streik von Alter

Am 7. September 2011 traten Angestellte des privaten Fernsehsenders *Alter* aufgrund 12-monatiger Lohnrückstände in den unbefristeten Streik (ERT 2011: 00:00:38). Da der Eigentümer des Senders, Giorgos Kouris, auf die Forderungen der Angestellten nach Lohnauszahlungen nicht einging, besetzten 470 von insgesamt 620 Angestellten am 11. November ihren Arbeitsplatz (Svolis 2011). Im Dezember 2011 entschied der Arbeitgeber daraufhin, den Sender abzustellen. Wenig später beschlossen die Streikenden, in Eigenregie weiterzusenden. Wie eine Streikbeteiligte in einem Interview mit dem griechischen Fernsehsender ERT erzählt, gab es für die unbezahlten Angestellten zu dem damaligen Zeitpunkt keinen anderen Ausweg, als den Sender zu besetzen und die Produktion in die eigenen Hände zu nehmen (ERT 2011: 00:01:27–00:01:30). Für einen Monat, vom 1. Januar bis zum 9. Februar 2012, übernahmen die Angestellten die Produktion. In ihren Sendungen berichteten sie über Proteste gegen Entlassungen, Lohnkürzungen, Arbeitslosigkeit und andere Folgen der Krisenpolitik. Zudem kamen beim besetzten Sender Arbeitslose und prekär Beschäftigte persönlich zu Wort. Unter ihnen befanden sich auch die Stahlarbeiter*innen von *Chalivourgia* und die Angestellten von *Eleftherotypia* sowie Beschäftigte aus dem Medienbereich, die seit Monaten ebenfalls unbezahlt gearbeitet hatten.¹³

Die Selbstverwaltung des Senders dauerte allerdings nicht lange. Im Februar 2012 versuchte der Arbeitgeber erstmals, rechtlich gegen die selbstverwaltete Produktion vorzugehen. Allerdings hinderte dieser Schritt die Streikenden nicht daran, weitere Protestaktionen durchzuführen und die Räumlichkeiten des Senders für mehrere Monate besetzt zu halten. Schließlich meldete der Eigentümer von *Alter* im Oktober 2013 Insolvenz an, nachdem er mehrmals versucht hatte, den Sendebetrieb durch die finanzielle Unterstützung ausländischer Investor*innen wieder aufzunehmen (Dalkavoukis et.al 2016: 178–179). Ähnlich wie im Fall des *Chalivourgia*-Streiks gelang es den Streikenden bei *Alter* nicht, ihre Forderungen durchzusetzen. Dennoch wurde auch dieser Streik von einer breiten Solidaritätsbewegung unterstützt. Von der Bevölkerung erhielten die Streikenden Sach- und Geldspenden. Zudem wurde die *Alter*-Besetzung von zahlreichen Gewerkschaften sowie von den streikenden Stahlarbeiter*innen unterstützt (Dalkavoukis et al. 2016: 183–184).

Ähnlich wie der Streik der Stahlarbeiter*innen spielte auch der Streik von *Alter* für viele Menschen in Griechenland eine symbolische Rolle. Er inspirierte viele von den Krisenmaßnahmen betroffene Beschäftigte dazu zu kämpfen und sich der Krisenpolitik nicht kampflos zu ergeben, sondern Widerstand zu leisten. So heißt es in einer Solidaritätsbekundung des Kollektivs der technischen TV-Angestellten (*Syllogos Technikon Tileorasis*, kurz: STILNE) im Südwesten Griechenlands:

»Kolleg*innen, wir, die technischen Angestellten lokaler und regionaler TV-Stationen im Südwesten Griechenlands, drücken unsere Unterstützung und Bewunderung für

13 Die Sendungsinhalte und der Streikverlauf sind auf der Internetseite des besetzten Senders dokumentiert: <http://ergazomenoialter.blogspot.com>.

den Kampf aus, den ihr all diese Zeit führt. Die Kampfbereitschaft und Entschlossenheit, die ihr all diese Zeit zeigt, sind ein Wegweiser für uns gegen die gemeinsamen Probleme, die alle Arbeitnehmer*innen betreffen. Die Entlassungen, die Lohnkürzungen, der dauerhafte psychologische Krieg durch die Arbeitgeber*innen und die langen Rückstände in den Lohnzahlungen sind eine Realität, die wir auch in Westgriechenland erleben. Die einzige Lösung ist die Einheit unserer aller und der anhaltende Kampf gegen all diejenigen (Regierung, Troika, Arbeitgeber*innen), die uns in Sklav*innen ohne Rechte verwandeln wollen [...] alle Angestellten müssen erkennen, dass wenn das Haus der Nachbar*in brennt, ihr eigenes bald in Gefahr sein wird« (Ergazomenoi Alter 2011).

Somit spielte der Streik der Angestellten von *Alter*, ebenso wie der Streik der Stahlarbeiter*innen, in Hinblick auf die Entwicklung der gesellschaftlichen Selbstorganisierungsprozesse in Griechenland eine wichtige Rolle. Der *Alter*-Streik demonstrierte dabei auf praktische Weise, wie selbstorganisierter Widerstand und die Selbstverwaltung des Arbeitsplatzes, wenn auch nur für einen kürzeren Zeitraum, tatsächlich funktionieren können.

7.5 Soziale Folgen der Krisenmaßnahmen und zweites Memorandum

Ende 2011 wurden die sozialen Folgen der Krisenmaßnahmen für immer mehr Menschen spürbar. Die Reallöhne waren innerhalb eines Jahres um 25,3 Prozent gesunken. Zudem lag die Gesamtarbeitslosenquote erstmals seit der Nachkriegszeit höher als die Erwerbstätigenquote (Lanara 2012: 5). Die Gesamtarbeitslosenquote lag bei 20,9 Prozent und die Jugendarbeitslosigkeit sogar bei knapp 50 Prozent (Roth 2012: 45). Etwa eine Millionen Menschen in Griechenland lebten inzwischen von einem monatlichen Arbeitslosengeld in Höhe von 480 Euro.¹⁴ Die Mindestrente war im Rahmen der Krisenmaßnahmen auf 300 Euro gesenkt worden, wodurch die Altersarmut zunahm. Viele Menschen erhielten nur eine Rente von weniger als 500 Euro monatlich (Roth 2012: 46). Bis Ende 2011 war zudem die Zahl der Wohnungslosen auf circa 100.000 angestiegen. Allein in Athen gab es 35.000 Wohnungslose (Roth 2012: 46). Eine weitere Folge der Krisenmaßnahmen war die »breite Emigrationswelle«, die zum einen durch »eine Rückwanderung« von Arbeitsmigrant*innen aus Albanien, Rumänien und Polen gekennzeichnet war (Roth 2012: 47) und zum anderen durch eine »Abwanderung der Intelligenz des Landes¹⁵« (Griechenland Zeitung 2014) in die Kernländer der EU, sowie nach Kanada und Australien. Auch die Auswirkungen der Krisenmaßnahmen auf den Gesundheitsbereich waren Ende 2011 deutlich zu spüren (Kentikelenis/Papanicolas 2011: 4-5). So wurden die Budgets von Krankenhäusern 2011 um 40 Prozent gekürzt. Im Bereich der psychischen Krankheiten wurden die Ausgaben um 45 Prozent gekürzt, was zu einer Schrumpfung der Zahl psychiatrischer Kliniken und Drogenvorbeugezentren führte. Dagegen war der

¹⁴ Arbeitslosengeld wird in Griechenland nur für ein Jahr ausgezahlt. Danach sind Arbeitslose auf sich allein gestellt. Eine Grundsicherung wie in Deutschland gibt es in Griechenland nicht.

¹⁵ Bis zu 140.000 junge griechische Akademiker*innen verließen laut einer Studie des GSEE zwischen 2010 und 2014 das Land, weil es in Griechenland kaum noch eine Nachfrage nach gut ausgebildeten Akademiker*innen gab (Griechenland Zeitung 2014).

Verkauf von Antidepressiva zwischen 2008 und 2011 um 40 Prozent gestiegen, ebenso wie die landesweite Suizidrate (CICOPA 2013:7).¹⁶ Die ökonomische Krise im Land hatte sich deutlich verschärft. Im November 2011 stieg das Budgetdefizit um 5,1 Prozent auf knapp 20 Milliarden Euro an, was die Einhaltung der Vorgaben zur Senkung der Haushaltsdefizite »illusorisch«¹⁷ machte (Roth 2012: 28). Abermals stellte die Troika eine »Ver schlechterung« der ökonomischen Situation sowie eine sich »vertiefende Rezession« fest (European Commission 2012: 21).

Statt sich einzugestehen, dass die Krisenmaßnahmen »die Abwärtsspirale der Krise« beschleunigten (Roth 2012: 28), schnürte die Troika Anfang 2012 ein zweites Rettungspaket mit dazugehörigem Memorandum. Im Gegenzug für die Finanzhilfe sollte die griechische Regierung weitere Privatisierungsmaßnahmen und Sozialkürzungen in Milliardenhöhe akzeptieren. Der neue Maßnahmenkatalog sah vor allem weitere Arbeitsmarktreformen vor. Diese sollten den Wettbewerb fördern, das Beschäftigungswachstum ankurbeln und die Produktionskosten senken (European Commission 2012: 2). Zudem zielten die Arbeitsmarktreformen auf eine Senkung der Arbeitskosten sowie eine Kürzung von Sozialleistungen und -abgaben (European Commission 2012: 3). Konkret waren folgende Krisenmaßnahmen vorgesehen: Eine Senkung des Mindestlohns für Erwachsene¹⁸ um 22 Prozent (von 751 auf 586 Euro brutto) und für junge Beschäftigte unter 25 Jahren um 32 Prozent (von 585 auf 490 Euro brutto) (European Commission 2012: 38), die Streichung von 150.000 Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst bis 2015, die sofortige Auf hebung des Beamter*innenstatus in den öffentlichen Institutionen (European Commission 2012: 36) und die Kürzung des lohnunabhängigen monatlichen Arbeitslosengelds auf 358 Euro (Lanara 2012: 6).

Darüber hinaus waren weitere Reformen im Bereich des Tarifrechts vorgesehen, darunter »die Aufhebung des arbeitsrechtlichen Schutzprinzips der Nachwirkung von Branchentarifverträgen« (Lanara 2012: 6).¹⁹ Die neuen Maßnahmen sahen zudem Kürzungen im Bereich der Sozialleistungen um bis zu 50 Prozent vor sowie die erneute Kürzung von Renten im öffentlichen und privaten Sektor um bis zu 12 Prozent sowie Kürzungen im Bildungsbereich um bis zu 60 Prozent (European Commission 2012: 124–125, 133; Lanara 2012: 7–8). Zudem forderte das neue Memorandum die Schließung der Träger des sozialen Wohnungsbaus für Arbeitnehmer*innen (*Organismos Ergatikon Katikoikias*, kurz: OEK) und der griechischen Arbeiter*innenwohlfahrtsorganisation (*Organismos Evimerias Ergazomenon*, kurz: OEE) (Lanara 2012: 8). Zunächst zurückgestellte milliardenhohe

¹⁶ Der Verkauf von Antidepressiva stieg zwischen 2008 und 2011 um 40 Prozent. Die Suizidrate stieg zwischen 2009 und 2010 zudem um 25 Prozent und zwischen 2010 und 2011 um 40 Prozent (CICOPA 2013:7).

¹⁷ Im Februar 2012 betrugen die griechischen Staatsschulden die Summe von 380 Milliarden Euro (Roth 2012: 29).

¹⁸ Knapp 10 Prozent der griechischen Bevölkerung lebten 2012 von Mindestlöhnen. Das entspricht etwa 500.000 Erwerbstätigen (Roth 2012: 31).

¹⁹ Die Aufhebung des Schutzprinzips hat zur Folge, dass Gehälter um bis zu 40 Prozent gekürzt werden, »da sich die Gehälter in den Einzelverträgen nach dem Auslaufen der Tarifverträge automatisch wieder am Grundgehalt respektive untersten Lohnniveau orientieren« (Lanara 2012: 6). Neu »in den Arbeitsmarkt eintretende Arbeitnehmer werden bei ihrer Arbeitsaufnahme« somit »als gering qualifiziert oder unqualifiziert eingestuft« (Lanara 2012: 6).

Kürzungen im Renten- und Gesundheitsbereich sollten ebenfalls nachträglich erfolgen (Roth 2012: 42). So war für 2012 unter anderem die Einsparung von Arzneimittelausgaben in Höhe von einer Milliarde Euro vorgesehen (European Commission 2012: 135). Auch die Umsetzung der bisher zögerlich umgesetzten Privatisierungsmaßnahmen sollte beschleunigt werden (European Commission 2012: 31). Eine Erhöhung der Preise für öffentliche Güter und Dienstleistungen war ebenfalls im neuen Memorandum vorgesehen (Lanara 2012: 7).

Auch für die Zeit nach dem Ende der Übergangsregierung hatte die Troika vorgesorgt. So mussten die an der Regierung beteiligten Parteien sich dazu verpflichten, die Krisenprogramme nach den neuen Parlamentswahlen 2012 uneingeschränkt fortzusetzen (Roth 2012: 68).²⁰ Die Troika entzog der Regierung zudem die Budgetsouveränität, indem sie ein Sperrkonto einrichtete, an dem sich die Troika bedienen konnte (Roth 2012: 68). Auf das neue Sperrkonto sollten die Tranchen des zweiten Darlehens in Höhe von 130 Milliarden Euro²¹ sowie »erhebliche Teile der laufenden Staatseinnahmen« fließen (Roth 2012: 41).

7.6 Der Sturm vor der Ruhe – Massenmobilisierungen gegen das Memorandum

Auf die Ankündigung des zweiten Memorandums folgte im Januar 2012 eine neue Welle des Massenprotests. Am 17. Januar 2012 fand zunächst ein landesweiter Generalstreik statt. Da die neuen Maßnahmen diesmal auch die Beschäftigten im Privatsektor betrafen, nahmen viele Privatbeschäftigte an dem Generalstreik teil, so auch die Streikenden von *Chalivourgia*, *Eleftherotypia* und *Alter* (Workers Liberty 2012). Darüber hinaus organisierten Beschäftigte im Vorfeld der Ratifizierung des neuen Memorandums landesweit zahlreiche Streiks und Massendemonstrationen. Dabei zeigte sich deutlich, welchen Einfluss die selbstorganisierten Herbststreiks 2011 auf die Proteste hatten. So besetzten Beschäftigte des Finanz- und Gesundheitsministeriums Anfang Februar 2012 für zwei Tage ihre Arbeitsplätze (Kathimerini 2012). Dabei erhielten die Besetzungsaktionen erstmals die volle Unterstützung der Gewerkschaftsdachverbände des öffentlichen und privaten Sektors. So machte der Generalsekretär von ADEDY, Ilias Iliopoulos, in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin Reuters deutlich, dass die Gewerkschaftsdachverbände die Krisenmaßnahmen »nicht akzeptieren« und eine Fortsetzung der Proteste bis hin zu einem »sozialen Aufstand« unterstützen (Kathimerini 2012).

Am 12. Februar 2012, dem Tag, an dem die neuen Krisenmaßnahmen ratifiziert wurden, erreichte der Widerstand gegen die Krisenpolitik seinen Höhepunkt. An diesem Tag nahmen allein in Athen über eine halbe Millionen Menschen an einem vom GSEE und vom ADEDY organisierten Generalstreik und einer damit verbundenen Demonstration teil (Pappas 2014: 83). Die Hauptstadt wirkte in diesen Tagen, als befänden sich alle

²⁰ Der Historiker Karlheinz Roth (2012: 68) spricht in Hinblick auf das Vorgehen der Troika von einem präventiven »Bonapartismus«.

²¹ Weitere 30 Milliarden Euro wurden für die »Absicherung des gleichzeitig vereinbarten Umschuldungsvertrags mit den Privatgläubigern bereitgestellt« (Roth 2012: 41).

ihre Einwohner*innen bei der Demonstration am Syntagma-Platz vor dem Parlament. Ähnlich wie bei der Platzbewegung 2011 nahmen die unterschiedlichsten Menschen an der Massendemonstration teil: Renter*innen, Arbeitslose, Student*innen, Erwerbstätige, Mitglieder von Gewerkschaften, Mitglieder der A/A-Bewegung und der außerparlamentarischen Linken sowie Mitglieder von SYRIZA und ANTARSYA. Dabei versuchten einige Demonstrant*innen, das Parlament zu stürmen. Sie wurden allerdings durch die MAT daran gehindert, die Tränengas einsetzte und versuchte, die Demonstrant*innen vom Parlament wegzudrängen. Ein Großteil der Demonstrant*innen zeigte sich trotzdem entschlossen bis zu zwölf Stunden auf den Straßen auszuhalten und nicht aufzugeben. Bis in die Morgenstunden lieferte sich ein fester Kern von Protestteilnehmenden Straßenschlachten mit der Polizei (Pappas 2014: 83).

Trotz der sehr hohen Beteiligung an den Protesten wurde das neue Memorandum samt Krisenmaßnahmen am Abend des 12. Februar 2012 mit einer Stimmenmehrheit von 199 gegenüber 101 Gegenstimmen im Parlament verabschiedet. 22 Abgeordnete der PASOK und 21 Abgeordnete der ND votierten gegen die neuen Maßnahmen und wurden daraufhin aus ihren Parteien ausgeschlossen.²² Die LAOS, die das neue Maßnahmenpaket ablehnte, trat aus eigenem Entschluss aus der Regierungskoalition aus (Roth 2012: 72, 34).²³

Nach der Verabschiedung der neuen Krisenmaßnahmen wurde es ruhig auf den Straßen. Die »massiven und militärischen« Proteste der letzten Tage und Stunden erschöpften sich, nachdem die Protestierenden ihre Forderungen nach einem Ende der Krisenpolitik nicht durchsetzen konnten (Katsoridas 2018: 18). Viele Protestteilnehmende hatten sich von den Februarprotesten 2012 eine neue Qualität des Widerstands erhofft. Stattdessen markierten die Februarproteste einen »Wendepunkt in den Streikkämpfen« sowie »eine strategische Niederlage« für die Gewerkschaften (Katsoridas 2018: 18). Ein Protestteilnehmer beschreibt die Februar-Proteste als Momentum eines Bruchs:

»Der 12. Februar war ein Wendepunkt. Wir kämpften mit den Bullen stundenlang. Ich hatte sowas nicht mehr seit Dezember 2008 gesehen. Und für was? Ein anderes Memorandum wurde gewählt, wieder wurden wir mit Tränengas attackiert. Wir hatten versagt. Und als die Wahlen kamen, steckten alle, anstatt zu protestieren, ihre Hoffnungen in SYRIZA« (Vogiatzoglou 2017: 112).

Auch wenn die Februarproteste die Verabschiedung der neuen Krisenmaßnahmen nicht verhindern konnten, so beschleunigten sie dennoch den Rücktritt der Übergangsregierung. Wenige Wochen nach der Großdemonstration am 12. Februar 2012 trat die Koalitionsregierung offiziell zurück und eröffnete den Weg für neue Parlamentswahlen (Vogiatzoglou 2017: 111–112; Pappas 2014: 83). Im Februar 2012 durchgeführte Meinungs-

²² Die neuen Maßnahmen betrafen erstmals »auch die soziale Klientel der Konservativen« (Roth 2012: 29) – Berufsgruppen wie Taxifahrer*innen, Pharmazeut*innen, besondere Gruppen von Pensionierten und die Angestellten im Nahverkehr –, weshalb die Regierung den Rückhalt mehrerer Abgeordneter der ND und der LAOS verlor (Roth 2012: 29).

²³ Zwei Abgeordnete von LAOS stimmten für die Maßnahmen und wurden aus der Partei ausgeschlossen (Kritidis 2014: 95).

umfragen deuteten bereits darauf hin, dass die beiden Pro-Memorandum-Parteien, ND und PASOK, für viele von den Krisenmaßnahmen betroffenen Menschen keine Option mehr darstellten.

In Umfragen gaben lediglich 10–14 Prozent der Befragten an, bei den bevorstehenden Parlamentswahlen 2012 die PASOK und 24 Prozent der Befragten die ND zu wählen (Polenta 2012).²⁴

7.7 Fazit

In diesem Kapitel wurde die Protestperiode von September 2011 bis April 2012 analysiert. Diese zeichnete sich durch eine in hohem Maße selbstorganisierte und massive Streikbewegung aus. Zunächst fanden im September und Oktober 2011 Betriebsstreiks und -besetzungen statt. Diese breiteten sich auf sämtliche Berufsbranchen aus. Vor dem Hintergrund dieser Proteste erreichten auch die Generalstreiks eine hohe Beteiligung. Die Betriebsstreiks und -besetzungen dauerten teilweise mehrere Wochen. Dabei ist ihre lange Dauer und ihr hoher Selbstorganisierungsgrad vor allem damit zu begründen, dass die Proteste ohne die Unterstützung der Gewerkschaftsdachverbände und Gewerkschaftsführungen stattfanden. Die Gewerkschaften drängten darauf, die Streiks möglichst schnell zu beenden und stattdessen Verhandlungen mit der Regierung zu führen. Die Dynamik der Herbststreiks veranlasste den damaligen Ministerpräsidenten Papandreou dazu, ein Referendum über die Fortsetzung der Krisenpolitik einzufordern, was von der Troika jedoch abgelehnt wurde. Stattdessen trat Papandreou von seinem Amt zurück und eröffnete den Raum für die Bildung einer Übergangsregierung. Darüber hinaus fanden im Zuge der Streikmobilisierungen im Herbst einige besonders herausragende Arbeitsstreiks und Besetzungen statt. Einer dieser Streiks war der Streik der Beschäftigten der Stahlfabrik *Chalivourgia*. Dieser dauerte neun Monate und wurde durch eine breite Solidaritätsbewegung unterstützt. Der Streik der Angestellten des Fernsehsenders *Alter* dauerte ebenfalls mehrere Monate. Im Fall von *Alter* gelang es den streikenden Angestellten sogar für einen Monat den Arbeitsplatz selbst zu verwalten und die Produktion in die eigenen Hände zu nehmen. Die Dynamik der Herbststreiks 2011 beeinflusste auch die Protestmobilisierungen Anfang 2012. So wurden in Reaktion auf die Ankündigung des zweiten Memorandums im Januar 2012 mehrere Ministerien temporär besetzt. Schließlich beteiligten sich am 12. Februar 2012, dem Tag, an dem das neue Memorandum ratifiziert wurde, über eine halbe Millionen Menschen an Demonstrationen gegen das neue Memorandum. Trotz der massiven Teilnahme an den Krisenprotesten konnte die Verabschiedung des zweiten Maßnahmenpakets nicht verhindert werden. Dies führte im Frühjahr 2012 zu einer Erschöpfung der Krisenproteste.

²⁴ Die ND schnitt in den Umfragen weitaus besser ab als die PASOK, vermutlich, weil die ND die Umsetzung der Krisenmaßnahmen als in der Regierung beteiligte Partei erst viel später mitverantwortete (Roth 2012: 72).